



Aufnahme: Jutta Svoboda 2002

Timoresische Mitarbeiter vom Civil Registry zusammen mit dem Außenminister Ramos Horta

## Versöhnung ohne Gerechtigkeit befürchtet Die schwierige Hypothek in den Beziehungen Osttimors zu Indonesien

Michaela Koller

*Im kommenden August, sechs Jahre nach der Osttimorkrise, nimmt eine gemeinsame Wahrheits- und Freundschafts-Kommission Osttimors und der einstigen Besatzungsmacht Indonesien ihre Arbeit auf. Nach den Massakern und Zerstörungen auf der östlichen Hälfte der Insel Timor im September 1999, bei denen hochrangige indonesische Armeeangehörige die Fäden zogen, will der jüngste Staat der Erde nach eigenem Bekunden „eine reife Beziehung zwischen Führung und Völkern“ begründen.*

Dabei sei man „auf der Suche nach Wahrheit über die gemeinsame Vergangenheit mit vorwärtsgewandtem Geist“, wie es in einer offiziellen Erklärung der Regierung hieß. Diese gab Anfang März bekannt, die Kommission, bestehend aus fünf Mitglieder aus Osttimor und Fünf aus Indonesien, solle einen gemeinsamen historischen Bericht erarbeiten, in dem Menschenrechtsverletzungen vor und nach dem Referendum über die Unabhängigkeit am 30. August 1999 aufgeführt werden. Das Gremium werde nicht ermächtigt, Schuldige zu verfolgen, sondern solle

viel mehr in einzelnen Fällen Straffreiheit empfehlen, wo einstige Täter zur Aufklärung der Ereignisse beitragen. Die Arbeit der Kommission sei zunächst auf zwei Jahre angesetzt.

Osttimor war im Mai 2002 unabhängig geworden, nach einer zweieinhalbjährigen Übergangsverwaltung durch die UNO. Bereits Ende 2002 hatte das Land mit Indonesien volle diplomatische Beziehungen aufgenommen und schon polizeiliche Maßnahmen gegen Schmuggel, Drogenhandel und Terrorismus miteinander koordiniert.

Der Kurs von Versöhnung und Zusammenarbeit ist auf den ersten Blick erstaunlich, da Osttimors Freiheitskämpfer einschließlich seines Präsidenten KAY RALA XANANA GUSMÃO einst selbst Ziel indonesischer Polizeimaßnahmen waren. Nur einige Monate nachdem Portugal seine Kolonie Portugiesisch-Timor nach der Nelkenrevolution in die Unabhängigkeit entlassen hatte, marschierten am 7. Dezember 1975 indonesische Truppen mit Stillschweigen der USA nach Osttimor ein. Darauf folgten 24 Jahre lang brutale Unterdrückung jeglicher Freiheitsbestre-

bungen durch Polizei und Militär. Die Amerikaner hatten vor dem Einmarsch dort ein zweites Kuba gefürchtet, da Marxisten die Unabhängigkeit der Inselhälfte proklamiert hatten. Erst der Rücktritt des indonesischen Diktators SUHARTO im Mai 1998 brachte Bewegung in die Situation. Schließlich hatten die Timoresen am 30. August 1999 die Gelegenheit für die Unabhängigkeit von Jakarta zu stimmen, wobei sich die Mehrheit von 78 Prozent dafür entschied. Mit dem Bekanntwerden des Ergebnisses erreichte jedoch die Gewalt auf der Inselhälfte ihren Höhepunkt: Die Armee und die Zivilverwaltung unterstützten dabei Milizen, die in ihrem Interesse mordeten und zerstörten. Rund 2.000 Menschen fielen dem zum Opfer, mehr als 200.000 Osttimoresen konnten ihr Leben nur noch durch Flucht in den Westen retten. Die pro-indonesischen Milizen zerstörten zudem mehr als drei Viertel der gesamten Infrastruktur, Schulgebäude ebenso wie wichtige Verbindungsstraßen oder Felder. Die Gewaltexzesse wurden endlich beendet, als am 20. September 1999 eine internationale Schutztruppe unter australischer Führung entsandt wurde.

Eine fünfköpfige UN-Kommission zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in Osttimor folgte wenige Tage später, unter ihnen als Vertreterin Europas die ehemalige Bundesjustizministerin SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER (FDP) neben Vertretern aus Peru, Nigeria, Indien und Papua-Neuguinea. Bei einer Veranstaltung in Berlin, zu der das internationale katholische Hilfswerk Missio einlud, sprach die Bundestagsabgeordnete über ihre Erkenntnisse, die sie in dem damals größtenteils zerstörten Osttimor gesammelt hatte. Die Gruppe habe sich in zwei Teams aufgeteilt und sei durch das ganze Land in die Dörfer gereist, über die zerstörten Straßen mit riesigen Löchern, um das Ausmaß der Gewalt und ihre Hintergründe genau zu ermitteln. „Wir stellten fast verhörähnliche Fragen“, sagte LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER. Sie führte allein mit 200 Osttimoresen Gespräche über deren Schicksal. Dabei kam heraus, wie sehr deren Leben auch schon vor dem Referendum von Gewalt

geprägt war. Die Kommissionsmitglieder dokumentierten ein breites Spektrum von Menschenrechtsverletzungen wie etwa Verschleppen, Verschwinden lassen und Vergewaltigungen. Leutheusser-Schnarrenberger erinnerte sich zudem an Kinder mit „unvorstellbaren Verletzungen“.

Die UN-Untersuchungskommission legte im Januar 2000 ihren Abschlussbericht vor und kam darin zu Ergebnissen, die das indonesische Militär schwer belasten. Die indonesische Armee habe die Politik der verbrannten Erde von langer Hand mit vorbereitet, in dem sie etwa im Vorfeld Material und Waffen lieferte. Beweise für ein „systematisches Vorgehen des Militärs“ gebe es „in Hülle und Fülle“. Ausdrücklich empfahl die Kommission deshalb die Einrichtung eines Internationalen Tribunals, um die Täter und ihre Hintermänner zur Rechenschaft zu ziehen. Weder Osttimor noch Indonesien könnten einen Gerichtshof für die Vorgänge bewerkstelligen, hieß in dem Abschlussbericht. Ausdrücklich warnten sie davor, eine Situation der Straflosigkeit aufkommen zu lassen.

Den Empfehlungen folgten aber keine entsprechenden Schritte. Im Dezember 2004 drängte die International Federation for East Timor (IFET) den UN-Generalsekretär, ein internationales Bündnis von Menschenrechtsorganisationen, die sich jahrzehntelang für die Freiheit des kleinen Landes eingesetzt hatten, doch endlich eine Expertenkommission für das Problem der Straflosigkeit einzurichten. Monatlang habe dieser Vorschlag auf

dem Schreibtisch des UN-Generalsekretärs gelegen, beklagte das Bündnis. „Die dreiköpfige Expertenkommission kam jetzt in einem 160-Seiten-starken Bericht zu dem Ergebnis, Jakarta müsse innerhalb von sechs Monaten glaubwürdige Verfahren gegen die Verantwortlichen des Osttimorkonflikts durchführen, ansonsten solle die Uno dazu ein internationales Kriegsverbrechertribunal einrichten.“ Schließlich kündigte KOFI ANNAN die Zusammensetzung einer solchen Expertenrunde im Februar an, in dem er sich auf die UNO-Resolution 1573 aus dem Jahr 2004 über den Kampf gegen die Straflosigkeit bezog. „Um die Ahndung der in Osttimor begangenen Verbrechen ist es sehr schlecht bestellt“, sorgt sich auch MONIKA SCHLICHER von der Berliner Menschenrechtsorganisation Watch Indonesia. Beim Staatsbesuch des osttimoresischen Präsidenten in Berlin Ende vergangenen Jahres fand sie noch heftigere Worte: „Für die Opfer ist GUSMÃOS Verhalten ein Schlag ins Gesicht.“ Der Präsident hatte den Besuch zum Anlass genommen, dafür zu werben, Osttimor wirtschaftlich zu helfen anstatt indonesische Verantwortliche wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht zu bringen. Brot anstatt Gerechtigkeit könnte die Devise auch heißen. SCHLICHERS Kritik an dieser Haltung spiegelt die Meinung eines Großteils der osttimoresischen Bevölkerung wider. Die erstaunliche Versöhnungsbereitschaft GUSMÃOS ruft in Osttimor lautstarken Unmut hervor.



Hospiz-Station von Timor-Aid

Aufnahme: Jutta Svoboda 2002

## Schrei nach Gerechtigkeit

Bei einer unangemeldeten Demonstration von ehemaligen osttimoresischen Freiheitskämpfern im vergangenen Juli, die die Polizei unter Einsatz von Tränengas auflöste, schrieten die Teilnehmer nach Gerechtigkeit. Und der Nachfolger des Friedensnobelpreisträgers Bischof BELLO, Bischof ALBERTO DA SILVA warnte unlängst: „Was auch immer KOFI ANNAN sagt oder nicht sagt, oder was auch immer die timoresische Führung möchte oder nicht möchte, die Haltung der Kirche bleibt gleich klar und fest. Wir brauchen Gerechtigkeit, Gerechtigkeit muss geschehen.“ Das ganze Volk verlange nach Prozessen wegen der Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

In der Tat kamen die Hauptverantwortlichen für die Politik der verbrannten Erde vom September 1999 bisher ungeschoren davon und die Regierung des jungen Staates zeigt sich zudem überhaupt nicht an der Aufarbeitung interessiert, hauptsächlich wohl deshalb, um nicht die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem großen Nachbarn und ehemaligen Besatzungsmacht Indonesien zu gefährden. Offiziell heißt es, die Verfolgung der Verbrechen

von Armeeingehörigen könne zu einer Destabilisierung Indonesiens führen, da das Militär immer noch eine große politische Rolle spiele.

Die Uno hatte beim Generalstaatsanwalt in Osttimor die sogenannte Serious Crimes Unit (SCU) eingerichtet, die für die Ahndung schwerer Verbrechen zuständig ist. Ihr Auftrag lief jedoch im Mai bereits aus. Von 369 Angeklagten, die diese Abteilung ermittelte, wurden aber nur 50 verurteilt. Die Osttimoresen gewannen bald den Eindruck, dass die Ermittler nur gegen kleinere und mittlere Fische vorgingen. Tatsache ist, dass Milizionäre, die sich schwerer Verbrechen schuldig gemacht haben, nach Westtimor abgesetzt haben und Indonesien die Hintermänner, zum Teil hochrangige Militärs, erst recht nicht ausliefert. Der in Jakarta eigens eingerichtete Menschenrechtsgerichtshof urteilte entweder milde oder so, dass die Begründung einer Revision vor dem Obersten Gericht nicht standhielt: So wurden letztlich 17 von 18 Angeklagten dort freigesprochen, trotz vorausgegangener Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Eine Anfang 2002 eingerichtete Wahrheits- und Versöhnungskommission in

der osttimoresischen Hauptstadt Dili kann sich zwar der Aussöhnung zwischen Freiheitskämpfern und ihren Sympathisanten sowie einst pro-indonesischen Landsleuten rühmen, jedoch ist sie weder für Verbrechen gegen die Menschlichkeit noch für die einstigen indonesischen Besatzer zuständig. Sogenannte minderschwere Verbrechen behandelt die Kommission, wie Plünderung, Diebstahl, einfache Körperverletzung und Brandstiftung. Sie hat dazu bislang mehr als 7.500 Aussagen von Opfern zusammengetragen, die teilweise zum ersten Mal über die Ereignisse sprechen konnten. Zur Aussöhnung versucht die Kommission im einzelnen auch dadurch zu kommen, in dem die Täter ihre Tatmotive vor der Gemeinde und den Opfern offen legen, Gelegenheit erhalten sich bei ihnen zu entschuldigen und sie entschädigen. Auf diese Weise können sie in die Gemeinde wieder eingegliedert werden.

So hoffnungsvoll diese Versöhnungsarbeit auch sein mag, die Empfehlungen der von der Uno eingesetzten Expertenkommission zum Umgang mit schwersten Verbrechen müssen erst einmal umgesetzt werden.

Dipl. sc. pol. Univ. Michaela Koller [michaelabeate@aol.com] arbeitet als Freie Journalistin in München.

## Pacific News - Hinweis

# ASIEN

Deutsche Gesellschaft für Asienkunde e.V.  
German Association for Asian Studies



**ASIEN** ist eine referierte Vierteljahreszeitschrift.

**ASIEN** veröffentlicht wissenschaftliche Beiträge aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur zum gegenwärtigen Asien.

**ASIEN** liefert Ihnen viele nützliche Informationen:

- Konferenzberichte und -ankündigungen
- Rezensionen und Ankündigungen neuer Asienbücher
- Berichte über asienkundliche Forschung und Lehre, Projekte und Internetquellen

**ASIEN** ist die Mitgliederzeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde e.V.; Mitglieder der DGA (Beiträge 28,-- bzw. 55,-- € p.a.) erhalten **ASIEN** kostenlos!

**ASIEN** kostet im Jahresabonnement 50,-- € (zzgl. Porto- und Versandkosten).

Werden Sie Mitglied:

**Deutsche Gesellschaft für Asienkunde e.V.**, Rothenbaumchaussee 32  
D-20148 Hamburg, Telefon: +49 (0)40 445891 | Fax: +49 (0)40 4107945

E-Mail: [post@asienkunde.de](mailto:post@asienkunde.de)

<http://www.asienkunde.de> | <http://www.dga-ev.de>